



Jahresbericht 2004

Travail.Suisse

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Hugo Fasel	4
1. Organisation und Tätigkeiten	6
2. Wirtschaft und Finanzen	9
3. Gleichstellung	10
4. Sozialpolitik	12
5. Ausländerpolitik	14
6. Europapolitik	15
7. Bildungspolitik	15
8. Umweltpolitik	17
9. Eidgenössische Abstimmungen	18
10. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit	21
11. Bildungsinstitut für Arbeitnehmende ARC	23
12. Hilfswerk Brücke · Le Pont	24
13. Vertretung von Travail.Suisse in Kommissionen und Organisationen	26
14. Mitgliederstand der Mitgliedsorganisationen	29
15. Adressen	30



Ein erfolgreiches und intensives 2004

2004 war für Travail.Suisse ein erfolgreiches wie auch arbeitsintensives Jahr. Die Themen, die Arbeitnehmerfragen tangierten, waren zahlreich. Es ist uns gelungen, aktiv an der Meinungsbildung mitzuwirken und uns in einigen Geschäften durchzusetzen. Dank guter Medienarbeit konnten wir unsere Positionen wirkungsvoll an der «Ideen- und Meinungsbörse» zur Geltung bringen.

Wirtschaftspolitisch lautete die grosse Herausforderung Arbeitslosigkeit. Trotz ausgezeichneter Gewinne grosser Unternehmen hat sich die Beschäftigungssituation kaum verbessert, und die Zahl der Ausgesteuerten hat signifikant zugenommen. Die Verteilungsfrage hat sich weiter verschärft. Insbesondere die exorbitanten Managerlöhne sind Ursache allgemeiner Verärgerung.

Der Beschluss des Parlamentes, die Sonntagsarbeit auszuweiten, wird von Travail.Suisse abgelehnt. Das Referendum ist bereits bei der Bundeskanzlei eingereicht worden.

Unsere Initiative «Für faire Kinderzulagen!» musste intensiv für die Beratungen in der sozialpolitischen Kommission des Nationalrates vorbe-

reitet werden. Das Anliegen, die Kinderzulagen gesamtschweizerisch zu regeln und den Betrag auf 15 Franken pro Tag zu erhöhen, sowie die Verankerung des Prinzips «ein Kind – eine Zulage», hat stark an Zustimmung gewonnen.

In der Sozialpolitik ging das Ringen um das Rentenalter weiter. Die 11. AHV-Revision haben wir erfolgreich bekämpft. Das Volk hat den vorgesehenen Abbau klar und deutlich abgelehnt. Der Revisionsmarathon rund um das BVG wurde abgeschlossen, obwohl die grossen Versicherungsgesellschaften im Parlament intensiv gegen die Vorlage lobbyiert hatten. Das neue Gesetz bringt wesentliche Fortschritte, die nur dank unserer hartnäckigen Aufklärungsarbeit erreicht werden konnten. Die Vorbereitungen für eine neue IV-Revision, die die Integration verstärken soll, wurden begonnen.

In der Ausländerpolitik herrschte ein frostiges Klima. Die erleichterte Einbürgerung wurde abgelehnt, obwohl sich Travail.Suisse aktiv und engagiert für das Projekt eingesetzt hatte. Die wachsende Ausländerfeindlichkeit wird uns auch in der Zukunft Sorge bereiten. Mit einem Handbuch zur besseren Integration von Ausländer/innen am Arbeitsplatz haben wir einen Akzent gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit setzen können. Im Rahmen der Osterweiterung haben wir Schwerstarbeit zur Verbesserung der flankierenden Massnahmen leisten müssen. Nach den Erfolgen im Parlament muss nun der Abstimmungskampf noch gewonnen werden.

Die Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes läuft auf Hochtouren, und Travail.Suisse konnte in verschiedenen BBT-Kommissionen Einsitz nehmen. Von besonderer Bedeutung war 2004 die Lehrstellenproblematik.

Travail.Suisse hat aktiv an der Realisierung der Mutterschaftsversicherung mitgearbeitet. Endlich geschafft! In der Umsetzung sind wir mit dem Projekt «infoMutterschaft» engagiert und haben uns, was die Information der schwangeren Frauen betrifft, eine Schlüsselrolle erarbeitet.

Das enorme Themenpensum konnte nur bewältigt werden dank einer Geschäftsstelle, die sich durch ausserordentliche Leistungsbereitschaft auszeichnet, und dank einem Vorstand, der bereit war, den hohen Rhythmus engagiert mitzugehen. Dafür möchte ich allen Mitarbeitenden und Mitgliedern ganz herzlich danken.

Hugo Fasel, Nationalrat
Präsident

1. Organisation und Tätigkeit

a. Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung tagte im Jahr 2004 wie in den Statuten vorgesehen einmal. Sie fand am 7. Mai 2004 in Bern statt. Rund 80 Delegierte folgender Verbände und regionalen Vereinigungen nahmen an dieser Zusammenkunft teil:

- Syna
- Angestellte Schweiz VSAM
- Hotel & Gastro Union
- transfair – Christliche Gewerkschaft Service public und Dienstleistungen Schweiz
- Syndicats chrétiens interprofessionnels du Valais SCIV
- Verband Angestellte der chemischen und pharmazeutischen Industrie Schweiz VSAC
- Schweizerischer Laborpersonal-Verband SLV
- Schweizerischer Verband angestellter Drogisten DROGA HELVETICA
- Verband der Ungarischen Christlichen Arbeitnehmer/innen der Schweiz VUCAS
- Regionale Vereinigungen St. Gallen, Schaffhausen, Bern, Genf, Wallis

Die Delegierten genehmigten die Rechnung 2003 und entschieden, den Jahresbeitrag und den Beitrag an den Aktionsfonds auf der bisherigen Höhe zu belassen. Mit Michel Pillonel, welcher für transfair den Sitz von Regula Hartmann übernimmt, sowie Christina Redolfi als Vertreterin der regionalen Vereinigung Tessin wählten sie zwei neue Mitglieder in den Vorstand von Travail.Suisse.

Thematischer Schwerpunkt der Delegiertenversammlung 2004 waren die Forderungen von Travail.Suisse im Hinblick auf mehr Wirtschaftswachstum in der Schweiz. Susanne Blank präsentierte in diesem Zusammenhang ein Dokument mit zwölf Postulaten. Die Delegierten führten eine intensive und sehr engagierte Diskussion über diese Vorschläge. Sie überwiesen das Dokument schliesslich wieder dem Vorstand, damit dieser nach der Aufnahme ihrer Eingaben über die Verabschiedung entscheidet.



b. Vorstand

Dem Vorstand von Travail.Suisse gehörten 2004 folgende Vertreter/innen an: Hugo Fasel (Präsident), Eric Dubuis und Karl Eugster (beide Hotel & Gastro Union); Eric Favre (bis Ende 2004), Max Haas, Chantal Hayoz Clément, Joël Mugny, Franco Narducci und Charles Steck (alle Syna); Hugo Gerber und Michel Pillonel (beide transfair); Hans Furer (VSAC); Hanspeter Oppliger und Vital G. Stutz (beide VSAM); Christina Redolfi (regionale Vereinigung Tessin); Meinrado Robbiani (OCST); Felix Roth (SVVIA und kleine Verbände, bis Ende 2004); Charlotte Rothenbühler (SLV, bis Ende 2004); Bertrand Zufferey (SCIV). An den Zusammenkünften des Vorstandes von Travail.Suisse nehmen als Beobachter (ohne Stimmrecht) jeweils auch Franz Baumberger, Präsident des Schweizerischen Verbands der Fachhochschuldozierenden (FH-CH), sowie Jean-Pierre Monti, Generalsekretär des Verbands Schweizerischer Polizeibeamter (VSPB), teil.

Zum ersten Mal traf sich der Vorstand im Januar 2004 zu einer zweitägigen Klausurtagung in Magglingen. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand eine Diskussion über die anstehenden Veränderungen in der Gewerkschaftslandschaft, die Herausforderungen, welche die EU-Erweiterung für die Schweiz und insbesondere die Arbeitnehmenden in der Schweiz mit sich bringen, sowie über die Zukunft der Altersvorsorge.

An den ordentlichen Vorstandssitzungen standen unter anderem folgende Themen zur Diskussion: Initiative «Für faire Kinderzulagen!» vor der Beratung im Parlament; Integration von Migrant/innen am Arbeitsplatz; Corporate Governance; 5. IV-Revision; zusätzliche flankierende Massnahmen im Hinblick auf die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Mitgliedstaaten; Schengen/Dublin; Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV»; neue Arbeitszeitmodelle; Massnahmen zur Stärkung des Wirtschaftswachstums in der Schweiz; Revision der AHV nach der gewonnenen Abstimmung im Mai; Referendum gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit im Arbeitsgesetz. Der Vorstand fasste zudem die Parolen für die Abstimmungen im Jahr 2004. Ein besonderes Augenmerk legte er auf die Abstimmung vom 16. Mai 2004 über die 11. AHV-Revision und das Steuerpaket sowie auf den Urnengang vom 26. September 2004, wo es um die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer/innen sowie um die Einführung eines einheitlichen Erwerbsersatzes bei Mutterschaft ging.

c. Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung von Travail.Suisse blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert und setzte sich wie folgt zusammen: Hugo Fasel (Präsident), Erwin Müller (Finanzverantwortlicher), Susanne Blank (Leiterin Wirtschaftspolitik), Anna Christen (Leiterin Gleichstellungspolitik); Martin Flügel (Leiter Sozialpolitik), Therese Schmid (Leiterin Öffentlichkeitsarbeit), Denis Torche (Leiter Ausländer- und Aussenpolitik), Bruno Weber-Gobet (Leiter Bildungs- und Europapolitik).

Die Geschäftsleitung wird in administrativer Hinsicht durch Pamela Liebenberg und Marie-Louise Jonin unterstützt. Daniel Furter seinerseits ist mit der Leitung der Kampagne für die Initiative «Für faire Kinderzulagen!» betraut. In dieser Funktion arbeitet er eng mit Martin Flügel zusammen, welcher die inhaltliche Leitung des Gesamtprojekts innehat. Unterstützt wurden sie 2004 von Susanne Maurer, die von Mai bis November ein Praktikum bei Travail.Suisse absolvierte.

Die Geschäftsleitung von Travail.Suisse hat sich 2004 im Rahmen von rund 35 Sitzungen mit der Vorbereitung und Umsetzung der in ihrem Zuständigkeitsbereich befindlichen Geschäfte befasst (vgl. folgende Kapitel).

2. Wirtschaft und Finanzen

Ausdehnung freier Personenverkehr: nur mit zusätzlichen flankierenden Massnahmen

Am 1. Juni 2004 ist die zweite Etappe des freien Personenverkehrs in Kraft getreten. Damit ist die Schweiz von der behördlichen Kontrolle der Lohn- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitnehmenden zur Missbrauchsbekämpfung durch die tripartiten Kommissionen übergegangen. Die Verbände von Travail.Suisse sind schweizweit mit rund 25 Personen in den tripartiten Kommissionen vertreten. Zur besseren Koordination des Vollzugs hat Bundesrat und Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss im Herbst die Task Force Personenverkehr eingesetzt.

Im Hinblick auf die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die neuen EU-Staaten haben die Sozialpartner dem Volkswirtschaftsminister einen Vorschlag zur Verstärkung der flankierenden Massnahmen vorgelegt. Es handelt sich dabei um einen Kompromiss, der das Vollzugsinstrumentarium verstärken soll. Das Parlament ist diesem Vorschlag vollumfänglich gefolgt. Die Schweizer Demokraten haben das Referendum gegen die Ausdehnung des freien Personenverkehrs ergriffen, im September 2005 wird das Volk darüber entscheiden können.

Arbeitslosigkeit: hoch trotz Konjunkturaufschwung

Trotz Konjunkturerholung kommt der Arbeitsmarkt nicht aus der Krise. Zwar sind die Auftragsbücher der Unternehmen voll, sie schreiben wieder satte Gewinne, doch Stellen werden keine geschaffen. Die durchschnittliche Jahresarbeitslosigkeit blieb 2004 mit 3,9 Prozent ausserordentlich hoch. Besonders bedenklich ist die Arbeitslosenquote der Jugendlichen. Diese stieg per Ende Jahr auf 5,4 Prozent. Für Travail.Suisse sind aufgrund dieser Situation mehr arbeitsmarktliche Massnahmen erforderlich, die spezifisch auf die Jugendlichen ausgerichtet sind.

Steuerpaket: Abstimmung gewonnen

Das Volk lehnte anfangs Mai 2004 das Steuerpaket ab. Die Stimmbevölkerung hat erkannt, dass es sich bei der Vorlage um einen Etikettenschwindel handelte. Vor allem die hohen Einkommen wären in den Genuss von Steuererleichterungen gekommen, die kleinen und mittleren Einkommen hingegen leer ausgegangen. Travail.Suisse unterstützte das Volksreferendum. Erstmals in der Geschichte der Schweiz haben auch die Kantone das Referendum ergriffen.

Zusätzlich zum bereits beschlossenen Entlastungsprogramm 03 in der Höhe von 3,5 Milliarden Franken hat der Bundesrat ein weiteres 2-Milliarden-Sparpaket geschnürt. Angesichts der Besserung der Bundesfinanzen beurteilte Travail.Suisse das Entlastungsprogramm 04 als nicht notwendig. Der unausgeglichene Staatshaushalt ist vor allem auf konjunkturelle und nicht auf strukturelle Ursachen zurückzuführen. Zudem führt das Sparpaket zu mehr Arbeitslosigkeit und kürzt wichtige Investitionen im Bereich der Bildung und des Verkehrs.

Der Sonntag ist kein Werktag

Im Herbst 2004 beschloss das Parlament, die Sonntagsarbeit in den Bahnhöfen und Flughäfen zuzulassen. Travail.Suisse und der Schweizerische Gewerkschaftsbund haben dagegen das Referendum ergriffen. Die Änderung des Arbeitsgesetzes führt zu einem Dambruch und öffnet der generellen Liberalisierung der Sonntagsarbeit Tür und Tor. Nach Ansicht von Travail.Suisse soll der arbeitsfreie Sonntag die Regel bleiben und muss deshalb geschützt werden.

3. Gleichstellung

Erfolgreicher Einsatz für schwangere Frauen und stillende Mütter

Im Bereich der Gleichstellung hat sich Travail.Suisse 2004 in zweifacher Hinsicht mit Erfolg für schwangere Frauen und stillende Mütter am Arbeitsplatz eingesetzt: einerseits mit der Kampagne «infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz» und andererseits im Befürworter/innen-Lager zur Abstimmung über den einheitlichen Erwerbsersatz bei Mutterschaft.

Kampagne in zwölf Sprachen

Die Kampagne «infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz» wurde Anfang Jahr mit einer Medienkonferenz gestartet. Das Echo war beachtlich und die Wirkung blieb nicht aus. Bereits nach wenigen Wochen mussten die Gratisbroschüren «Erwerbstätig und schwanger» nachgedruckt werden. Die Infolines wurden zum Teil überrannt mit Anfragen. Bis Ende des Jahres sind 120 000 Gratisbroschüren in zwölf Sprachen verschickt sowie 1500 Anfragen auf den Infolines beantwortet worden. Ziel der Kampagne war es, schwangere und erwerbstätige Frauen über ihre Rechte – vom



Kündigungsschutz bis zu spezifischen Gesundheitsschutzbestimmungen – zu informieren.

Das Angebot richtete sich mit seinen zwölf Sprachen (Broschüren und Infolines) ganz speziell auch an die Migrantinnen. Diese haben oft mit zusätzlichen Hürden zu kämpfen, um ihre Rechte wahrnehmen zu können: die Sprache, ihre oft schwache Stellung im Arbeitsmarkt, Angst vor Stellenverlust etc. Das positive Echo auch aus diesen Kreisen hat Travail.Suisse in seinem Engagement bestärkt. Travail.Suisse konnte 2004 für die Kampagne auf die Unterstützung der Beratungsstelle für ausländische Frauen und ihre Familien (BAFFAM) Bern, zählen, welche die Infolines in den Nicht-Landessprachen kompetent geführt hat, sowie auf den finanziellen Support des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie der Schweizerischen Koordinationsstelle Migration und reproduktive Gesundheit.

Erwerbsersatz bei Mutterschaft: endlich!

Travail.Suisse hat sich im Vorfeld der Abstimmung stark für die Einführung eines einheitlichen Erwerbsersatzes bei Mutterschaft eingesetzt. Eine Medienkonferenz machte auf die absolute Notwendigkeit des einheitlichen Erwerbsersatzes aufmerksam und stützte sich dabei auf die Erfahrungen aus der Kampagne «infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz»; anlässlich eines Aktionstages wurden zudem über 100 000 Karten (mit kleinem Geschenk in Form eines Samentütchens) an Passant/innen verteilt.

Das Engagement hat Früchte getragen: Am 26. September 2004 stimmte das Volk einem einheitlich geregelten Erwerbersatz bei Mutterschaft zu. Ab 1. Juli 2005 erhalten deshalb alle erwerbstätigen Frauen bei der Geburt eines Kindes mindestens 14 Wochen Urlaub bei 80 Prozent des Lohns.

Um die Frauen über diese neue Regelung zu informieren, wird Travail.Suisse die Broschüre «Erwerbstätig und schwanger» mit den neuen Bestimmungen ergänzen und die Kampagne um ein halbes Jahr verlängern.

4. Sozialpolitik

Initiative bringt Bewegung in die Familienpolitik

Am 18. Februar 2004 hat der Bundesrat seine Botschaft zur Initiative «Für faire Kinderzulagen!» veröffentlicht. Der Bundesrat anerkennt darin zwar, dass im Bereich der Kinderzulagen Handlungsbedarf besteht, lehnt aber die Initiative aus finanz- und wirtschaftspolitischen Gründen ab.

Die zuständige Kommission des Nationalrates hat die Beratung zur Initiative zum Anlass genommen, auf der Grundlage der parlamentarischen Initiative Fankhauser aus dem Jahre 1991 einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Im Gegenvorschlag werden einige Anliegen der Initiative «Für faire Kinderzulagen!» aufgenommen. So sollen zukünftig alle Kinder eine Zulage erhalten und für alle Kantone soll ein Mindestbetrag von 200 Franken Kinderzulage und 250 Franken Ausbildungszulage festgeschrieben werden. Initiative und Gegenvorschlag werden in der Frühlingsession 2005 in den Nationalrat kommen.

Gleichzeitig mit diesen politischen Ereignissen hat bei Travail.Suisse die Vorbereitung der Kampagne begonnen. Im Frühling hat Daniel Furter als Kampagnenverantwortlicher seine Arbeit aufgenommen und im Verlauf des Jahres wurde die Vernetzung mit dem Unterstützungskomitee deutlich verstärkt.

AHV: Volk will keinen Abbau

Am 16. Mai hat die Stimmbevölkerung die 11. AHV-Revision wuchtig verworfen. Gegen diese Vorlage hat Travail.Suisse zusammen mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund und weiteren Organisationen das Referendum ergriffen und erfolgreich zu Ende geführt. Neben der Erhöhung des Rentenalters für die Frauen und einem Abbau bei den Witwenrenten konnte damit die Einführung eines flexiblen Rentenalters ohne soziale



Abfederung verhindert werden. Dank diesem Sieg an der Urne hat eine Flexibilisierung des Rentenalters für alle Einkommensschichten, für die sich Travail.Suisse seit langem einsetzt, eine echte zweite Chance, die jetzt von der Politik im zweiten Anlauf genutzt werden muss.

Eingliederung vor Rente: Arbeitgeber müssen mitziehen

Bereits kurz nach Inkrafttreten der 4. IV-Revision haben die Vorbereitungsarbeiten zur 5. IV-Revision und ein entsprechendes Vernehmlassungsverfahren begonnen. Dabei geht es vor allem um eine Verstärkung des Grundsatzes «Wiedereingliederung vor Rente». Diese grundsätzliche Stossrichtung wird von Travail.Suisse voll unterstützt. Dabei ist für Travail.Suisse aber klar, dass eine vermehrte Integration nur gelingen kann, wenn die entsprechenden Stellen bereit stehen. Ohne die starke Einbindung der Arbeitgeber wird das Ziel der 5. IV-Revision nicht zu erreichen sein.

5. Ausländerpolitik

Frostiges Klima prägte die Ausländerpolitik

Im Berichtsjahr hat sich die ärgerliche Tendenz, die Anwesenheit von Ausländer/innen in der Schweiz nur unter dem Gesichtspunkt von Problemen und Missbräuchen zu betrachten, fortgesetzt. Sie hat ihren Höhepunkt in der Kampagne der SVP gegen die erleichterte Einbürgerung der jungen Ausländer/innen erreicht. Travail.Suisse hat sich für diese Vorlagen engagiert, konnte die Bevölkerung indes nicht von einem Ja überzeugen.

2004 stand das neue Ausländergesetz auf der Traktandenliste des Nationalrates. Travail.Suisse hat sich bei den Parlamentarier/innen dafür eingesetzt, dass der Entwurf des Bundesrates nicht verschlechtert wird und hat dazu zahlreiche Artikel im Pressedienst verfasst. Das Ziel konnte damit trotz der gegenwärtig mangelnden Offenheit in dieser Frage zumindest teilweise erreicht werden. Die Beschlüsse der vorberatenden Kommission des Ständerates lassen jedoch befürchten, dass die kleine Kammer die Vorlage im Frühling 2005 im negativen Sinne anpassen wird. Vor allem Einschränkungen im Bereich des Familiennachzugs (der Familiennachzug wäre nicht mehr ein Recht, sondern nur noch eine Möglichkeit) gilt es zu bekämpfen.

Integrieren und nicht diskriminieren

Travail.Suisse hat sich auch 2004 für eine bessere Integration der ausländischen Arbeitnehmenden am Arbeitsplatz eingesetzt. Schwerpunkt bildete die Nichtdiskriminierung. Ein entsprechendes Projekt wurde von der Fachstelle für Rassismusbekämpfung finanziell unterstützt. Im Juni fand eine Tagung statt, welche der Sensibilisierung der Mitgliedsorganisationen von Travail.Suisse für die Thematik gewidmet war. Das Praxishandbuch «Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindern» wurde am 18. November 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt und hat ein Echo ausgelöst, das alle Erwartungen übertraf. Zahlreiche Institutionen und Einzelpersonen haben dieses Praxishandbuch bestellt. Erfreulich ist, dass sich auch viele Berufsverbände, Unternehmungen und Personalverantwortliche dafür interessieren.

6. Europapolitik

Bilaterale II standen im Zentrum

Das Jahr 2004 war bezogen auf die Europapolitik ein interessantes Jahr aufgrund der Diskussion über die Bilateralen Verträge II. Travail.Suisse hat sowohl im Rahmen der Vernehmlassung wie auch an den Hearings im National- und Ständerat dazu Stellung genommen. Intern hat Travail.Suisse eine Arbeitsgruppe zur Europapolitik aufgebaut, welche sich auf den Bericht des Bundesrates 2006 vorbereitet. Travail.Suisse will bei dessen Veröffentlichung aus Arbeitnehmer/innensicht kompetent darauf reagieren können. Regelmässig hat Travail.Suisse auch an den Sitzungen des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes in Brüssel teilgenommen. Als Schweizer Arbeitnehmerorganisation hat vor allem die Frage interessiert, welche Auswirkungen die sogenannte «Bolkenstein-Richtlinie» auf die Schweiz hätte. Zudem wurde in Brüssel zum ersten Mal ein Kontakt zur Niederlassung von *economiesuisse* hergestellt.

7. Bildungspolitik

Bildung: Entscheidungen mit Langfristcharakter

In der Bildungspolitik werden Entscheidungen getroffen, die Langfristwirkung haben. Heute wird entschieden, ob wir morgen das Bildungsniveau haben, das uns konkurrenzfähig macht und Arbeitsplätze schafft. Travail.Suisse engagiert sich deshalb auch intensiv in der Bildungspolitik. Für das Berichtsjahr sind folgende Ereignisse besonders hervorzuheben: Bruno Weber-Gobet, Leiter Bildungspolitik bei Travail.Suisse, wurde in die neu gegründete Eidgenössische Berufsbildungskommission EBBK gewählt. Dort wurde ihm das Präsidium der Subkommission «Gesuche Art. 54/55 BBG» übertragen. Diese Subkommission entscheidet massgeblich mit bei der Verteilung der rund 50 Millionen Franken, die jährlich für Innovationen im Bildungsbereich bereit liegen. Neu wurde Travail.Suisse auch in das Büro der Eidgenössischen Fachhochschulkommission gewählt. Travail.Suisse hat zudem in der Expertengruppe für den «Aufbau einer Hochschule für Berufsbildung» und in der Arbeitsgruppe «Verordnung Höhere Fachschulen» mitgearbeitet.

Mehr Lehrstellen schaffen mit konkreten Projekten

Seit Beginn der Lehrstellenkrise Mitte der 90-er Jahre beteiligt sich Travail.Suisse intensiv an der Auseinandersetzung um dieses Problem. 2004 ist Travail.Suisse vor allem aufgefallen durch eine kleine Studie, welche die Entwicklung der Lehrstellensituation in der Schweiz und Österreich vergleicht. Mit dieser Untersuchung konnte einerseits gezeigt werden, dass durch konkrete Projekte mehr Lehrstellen geschaffen werden können als durch finanzielle Abgeltungen. Andererseits wurde auch deutlich, dass die eingesetzten Instrumente des Bundes Wirkung gezeigt haben. Zwischen 1995 und 2004 sind mehr als 20 000 neue Lehrstellen geschaffen worden.

Vier Hauptprobleme des Schweizer Bildungssystems

Die Stellungnahmen und Positionen von Travail.Suisse zur Bildungspolitik waren 2004 geprägt von der Ansicht, dass das Bildungssystem der Schweiz vor allem vier Probleme zu lösen hat:

Das Problem der Chancengleichheit: Die Chancengleichheit ist in der Schweiz noch ungenügend verwirklicht. Internationale Untersuchungen zeigen, dass die Schweiz zu jenen Ländern gehört, in welchen die Beziehung «Elternhaus» und «Schulerfolg» am stärksten korreliert. Nicht die Talentiertesten («Besten») kommen schulisch weiter, sondern jene mit dem «besseren» Elternhaus.

Das Problem des Zugangs zur Bildung: Bildung entscheidet heute weitgehend über den Zugang zum Arbeitsmarkt und über die Teilhabe an den Gütern unserer Gesellschaft. Wenn Jugendliche keine Lehrstelle finden, Branchen und Betriebe keine oder nur für die Kader Weiterbildungen bezahlen oder das Bildungssystem zu wenig durchlässig ist, dann haben wir es mit einem schwerwiegenden Gerechtigkeitsproblem zu tun: Personen werden aufgrund vorenthaltener Bildung diskriminiert.

Die Strukturprobleme der Bildung: Investitionen in die Bildung können Wirtschaftswachstum schaffen. Aber nur, wenn die Strukturen stimmen. In der Schweiz besteht die Gefahr, dass Mehrinvestitionen in die Bildung von den gegenwärtigen föderalen Strukturen ohne positive Effekte aufgesaugt werden und zur Strukturerehaltung beitragen.

Fehlende Investitionen in die Bildungsfernen: Bildungsprobleme der Schweiz zeigen sich bei internationalen Vergleichen weniger bei den hoch Qualifizierten als bei den weniger Qualifizierten. Die schon erwähnte enge Beziehung zwischen Bildung und Beruf der Eltern und den Schul-



leistungen ihrer Kinder macht auf ein zentrales Problem der Bildungslandschaft Schweiz aufmerksam: Die Schweiz investiert klar zu wenig in die (Weiter)bildung der Bildungsfernen.

8. Umweltpolitik

Elektrizitätsmarkt: Die Sicherheit und die Versorgung gewährleisten

Aufgrund der Entwicklung in der EU und im Hinblick auf eine gesetzlich geordnete Öffnung des Marktes in der Schweiz befürwortet Travail.Suisse ein Stromversorgungsgesetz. Im der Vernehmlassung unterbreiteten Entwurf fehlt allerdings eine Bestimmung, welche die Elektrizitätswirtschaft

verpflichtet, bei einer Restrukturierung Umschulungs- und Weiterbildungs-massnahmen für das Personal zu ergreifen. Die Marktöffnung erfolgt zudem zu rasch und die Massnahmen zur Förderung von erneuerbaren Energien sind zu schwach. Anfang Dezember 2004 hat der Bundesrat den Entwurf noch zusätzlich zugunsten der Wirtschaft verändert und die Marktöffnung innerhalb einer einzigen Etappe für alle Unternehmungen sowie den Verzicht auf eine direkte Unterstützung von erneuerbaren Energien beschlossen. Damit nimmt er in Kauf, dass die Zustimmung zu diesem Entwurf abnimmt und er an einer allfälligen Volksabstimmung sogar scheitert, auch wenn die Haushalte dieses Mal zwischen dem Markt und einer garantier-ten Versorgung zu einem festen Preis wählen können.

Den Angriff der Erdölindustrie abwehren

Mit ihrem Vorschlag eines Klimarappens versucht die Erdölindustrie die CO₂-Abgabe zu torpedieren. Travail.Suisse hat wiederholt bekräftigt, hinter dieser Abgabe zu stehen, zumal sie eine familienfreundliche Wiederverteilung des Ertrags an die Bevölkerung vorsieht. Travail.Suisse bedauert, dass sich der Bundesrat hat beeinflussen lassen und im Hinblick auf die Reduktion der CO₂-Emissionen vier Varianten der Vernehmlassung unterbreitet hat. Damit schwächt er den ursprünglichen Vorschlag, der im Gesetz zur Reduktion der CO₂-Emissionen festgehalten ist. Einzig mit der Variante 1 und der Wiederverteilung des Ertrags an die Bevölkerung kann das Ziel erreicht werden, bis 2010 die Treibhausgase um 10 Prozent zu reduzieren. Kommt hinzu, dass die Einführung einer CO₂-Abgabe positive Auswirkungen auf die Wirtschaft hätte, weil sie die energiesparenden Technologien fördert und neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien schafft.

9. Eidgenössische Abstimmungen

8. Februar 2004: Mieter setzen sich zur Wehr

Anlässlich des ersten Urnengangs im Jahr 2004 mussten sich die Stimmbürger/innen zum Gegenentwurf der Bundesversammlung zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen» sowie zur Änderung des Obligationenrechts im Bereich der Miete äussern. Gegen beide Vorlagen war das Referendum ergriffen worden und beide Geschäfte wurden von der Stimmbevölkerung auch abgelehnt. Der

Gegenentwurf zur Avanti-Initiative mit 62,8 Prozent Nein-Stimmen, die Änderung des Obligationenrechts im Bereich der Miete sogar mit 64,1 Prozent Nein-Stimmen. Der Vorstand von Travail.Suisse hatte für beide Vorlagen die Nein-Parole beschlossen.

Ja sagten die Stimmbürger/innen indes zur Verwahrunginitiative. Mit 56,2 Prozent Ja-Stimmen wurde diese relativ klar angenommen. Travail.Suisse hatte auf eine Abstimmungsempfehlung zu diesem Volksbegehren verzichtet.

16. Mai 2004: AHV-Abbau ohne Chance

Dreimal Nein war das Verdikt der Stimmbevölkerung am 16. Mai 2004: Weder die 11. AHV-Revision (67,9 Prozent Nein-Stimmen) noch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten von AHV und IV (68,6 Prozent Nein-Stimmen) oder das Steuerpaket (65,9 Prozent Nein-Stimmen) hatten eine Chance bei den Stimmbürger/innen. Gegen die 11. AHV-Revision hatte Travail.Suisse gemeinsam mit anderen Organisationen das Referendum ergriffen, das Steuerpaket hatte Travail.Suisse im Rahmen der Abstimmungskampagne aktiv bekämpft. Die Ja-Parole gab's von Seiten von Travail.Suisse einzig für die Anhebung der Mehrwertsteuersätze zugunsten von AHV und IV. Mit dem Nein zur 11.-AHV-Revision sei «das Rentenalter 67 definitiv vom Tisch», schrieb Travail.Suisse zum insgesamt erfreulichen Ausgang der Abstimmung.

26. September 2004:

Endlich ein bezahlter Mutterschaftsurlaub für alle

Nach mehreren gescheiterten Anläufen war es am 26. September 2004 endlich soweit: Die Schweizer Stimmbürger/innen sagten Ja zu einem einheitlichen Erwerbsersatz bei Mutterschaft. Ab 1. Juli 2005 werden alle erwerbstätigen Mütter Anspruch auf 14 Wochen Erwerbsersatz zu 80 Prozent des Lohnes haben. 55,5 Prozent der Stimmenden sagten Ja zu dieser Lösung, für die Travail.Suisse im Rahmen einer breit angelegten Kampagne heftig die Trommel rührte.

Sehr enttäuscht reagierte Travail.Suisse auf die Ablehnung der beiden Einbürgerungsvorlagen. Mit 56,8 Prozent Nein-Stimmen haben die Stimmenden die erleichterte Einbürgerung junger Ausländer/innen der zweiten Generation abgelehnt, etwas gnädiger, aber immer noch negativ war ihr Urteil bezüglich dem Bürgerrechtserwerb von Ausländer/innen der dritten Generation (51,6 Prozent Nein-Stimmen). Travail.Suisse hatte sich im Abstimmungskampf für beide Vorlagen eingesetzt.



Die Initiative «Postdienste für alle» wurde von den Stimmenden knapp abgelehnt (50,2 Prozent Nein-Stimmen). Der Vorstand von Travail.Suisse hatte für dieses Anliegen die Ja-Parole beschlossen und damit ein Zeichen gegen den bereits eingeleiteten Abbau beim Service public gesetzt.

28. November 2004: Mehrheit sagt Ja zum neuen Finanzausgleich

Die letzte Abstimmung des Jahres 2004 war der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), dem Bundesbeschluss über eine neue Finanzordnung sowie dem Stammzellenforschungsgesetz gewidmet. Alle drei Vorlagen wurden angenommen. Der neue Finanzausgleich mit 64,4 Prozent Ja-Stimmen, die neue Finanzordnung mit 73,8 Prozent Ja-Stimmen und das Stammzellenforschungsgesetz mit 66,4 Prozent Ja-Stimmen. Travail.Suisse hatte sich im Vorfeld der Abstimmung nur zu den beiden Finanzvorlagen verlauten lassen: Nein lautete die Abstimmungsempfehlung zum neuen Finanz-

ausgleich: Insbesondere die Übertragung von Leistungen für Behinderte vom Bund zu den Kantonen stiess beim Vorstand auf Ablehnung. Ja sagte Travail.Suisse hingegen zur neuen Finanzordnung.

10. Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

Hohe mediale Präsenz

Travail.Suisse hat der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit auch im Berichtsjahr grosse Bedeutung beigemessen. 18 Ausgaben des Presstedienstes wurden nicht nur an die Medienschaffenden, sondern auch an die Verantwortungsträger/innen der Mitgliedsorganisationen versandt. Dazu kamen über 60 Medienmitteilungen, mit denen Travail.Suisse auf Entscheide und Verlautbarungen von Bundesrat, Parlament und Arbeitgeberorganisationen reagierte. 2004 organisierte Travail.Suisse zudem neun Medienkonferenzen. Themen waren die Kampagne «infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz», die von Travail.Suisse in Auftrag gegebene Studie «Integration am Arbeitsplatz», die 11. AHV-Revision, das Steuerpaket, der Erwerb ersatz bei Mutterschaft, die Lohnforderungen für 2005 sowie die Bewertung der Lohnabschlüsse, das Praxishandbuch «Diskriminierung am Arbeitsplatz verhindern» sowie die Nummer 12 der Broschürenreihe Clever zum Thema «Meine Pensionskasse: Was ich wissen muss». Vertreter/innen von Travail.Suisse und seinen Mitgliedsorganisationen nahmen zudem an Medienkonferenzen gegen die Heraufsetzung des Jugendschutzalters, gegen die Ausweitung der Sonntagsarbeit, gegen das Steuerpaket, für die Bürgerrechtsvorlagen sowie an einer Medienorientierung über die mit der am 1. Juni in Kraft tretenden zweiten Etappe des freien Personenverkehrs verbundenen Herausforderungen teil.

Im Zusammenhang mit der Initiative «Für faire Kinderzulagen!» bereitete Travail.Suisse im Hinblick auf die Botschaft des Bundesrates und die Beratung im Nationalrat umfangreiche und fundierte Informationsdossiers auf, welche sowohl den Parlamentsmitgliedern, den Mitgliedern des Unterstützungskomitees als auch den Medien verteilt wurden.

Erfolgreiche Kampagnen

Travail.Suisse engagierte sich 2004 in verschiedenen Abstimmungskampagnen. Der Kampf gegen die 11. AHV-Revision und das Steuerpaket stand im ersten Halbjahr im Zentrum, der Einsatz für einen einheitlichen Erwerbssatz bei Mutterschaft und die erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländer/innen der zweiten und dritten Generation in der zweiten Jahreshälfte. Das von Travail.Suisse lancierte Computerspiel «Stopp Couchepin!» wurde mehr als 800 000 Mal angeklickt. Und gegen 100 000 Karten wurden von Travail.Suisse und seinen Mitgliedsorganisationen im Rahmen eines Aktionstages am 7. September 2004 an zahlreichen Orten der Schweiz an die Passant/innen verteilt.

Auf ein riesiges Echo stiess die Kampagne «infoMutterschaft – für alle Frauen in der Schweiz», deren Ziel es ist, werdende und junge Mütter über ihre Rechte am Arbeitsplatz aufzuklären. Rund 120 000 Broschüren wurden verteilt und über 1500 Anfragen über die Infoline beantwortet. Diese Zahlen machen deutlich: Das Informationsbedürfnis ist enorm.

Die Broschürenreihe Clever wurde 2004 durch die Nummern 11 («Ist mein Arbeitsvertrag o.k.?») sowie die 12 («Meine Pensionskasse: Was ich wissen muss») ergänzt. Neu aufgelegt und an die neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst wurde die Nummer 4 («Meine Lehre meistern»). Der Verkauf der Broschüre Clever konnte auch im Jahre 2004 wieder um rund 10 Prozent erhöht werden und hat die 20 000er-Grenze überschritten.

Beziehungen zum Parlament vertiefen

2004 «institutionalisierte» Travail.Suisse auch seine Beziehungen zum Parlament. Am Dienstag der zweiten Sessionswoche findet jeweils eine Zusammenkunft mit Mitgliedern des Parlaments statt. Im Zentrum dieser Treffen steht der Gedankenaustausch, wobei ein bestimmtes Thema etwas vertiefter diskutiert wird. Rund 35 Parlamentarier/innen verschiedenster Parteien haben bereits an einer der Zusammenkünfte von Travail.Suisse teilgenommen.

11. Bildungsinstitut für Arbeitnehmende ARC

Bund unterstützt ARC weiterhin

Die Arbeit des Bildungsinstitutes stand im Jahre 2004 im Zeichen der Auseinandersetzung um die Bundessubventionen. Im November 2003 hatte das Bundesamt für Kultur mitgeteilt, dass es die Subventionen für die kulturelle Erwachsenenbildung ab 2005 um die Hälfte kürzen wird. Dabei würden fünf der sieben Organisationen, die bisher eine Unterstützung erhielten, gar nichts mehr erhalten, darunter auch ARC. Zusammen mit den anderen betroffenen Organisationen hat sich ARC gegen diese Kürzungen gewehrt und den Parlamentarier/innen von National- und Ständerat in unzähligen Sitzungen erklärt, dass diese Kürzungen eine jahrlange Arbeit gefährden. Unsere Argumente überzeugten, so dass die Subventionen wieder ins Budget aufgenommen wurden.

Daneben ging das Bildungsinstitut natürlich auch seinem eigentlichen Geschäft nach: der Bildung von Arbeitnehmenden. Die Kurse wurden rege besucht, wie die untenstehende Statistik zeigt.

Besonders hervorzuheben ist hier noch der Zusammenarbeitsvertrag mit den Syndicats chrétiens interprofessionnels du Valais SCIV. Um die Bildungsarbeit im Unterwallis zu verstärken, wurde ARC Valais gegründet. Unter der Aufsicht von ARC Schweiz führt SCIV dieses Bildungsinstitut in eigener finanzieller Verantwortung.

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Anzahl Kurse	20	34	42	77	62	68	70	71	74
Kurstage							106	114	110
TN-Zahl	560	1119	1288	1405	1016	933	1040	927	1003
Std.	209	355.5	402.5	806	774.5	747	802.5	829	864.5
TN/Std.	5354	8040.5	7877	13607	12017	9973	10871.5	10169.5	11082.5
Referenten-std.	324	536.5	583.5	1248.5	1104	1068.5	1076	1077	1044.5
Kursgrösse ø	28	32.9	30.6	18.2	16.4	13.7	14.8	13.05	13.55

12. Hilfswerk Brücke · Le Pont

Wechsel in der Geschäftsleitung

Auf Ende Juli verliess Esther B. Oester Brücke · Le pont, um in Tansania ein Regionalprojekt von Solidarmed zu leiten. Beim Abschiedsapéro, zu dem Vertreter/innen von Travail.Suisse und der KAB sowie zahlreiche weitere Freund/innen des Hilfswerks erschienen, dankten ihr Hugo Fasel, Präsident von Brücke · Le pont, und das Team für ihren grossen Einsatz, der aus Brücke · Le pont ein anerkanntes Hilfswerk gemacht hat.

Die neue Geschäftsleiterin Dorothee Guggisberg konnte die Nachfolge wegen ihrer Verpflichtungen als Dozentin an der Hochschule für Sozialarbeit HSA in Bern zunächst nur beschränkt wahrnehmen. Ab Februar 2005 ist sie voll dabei. Nebst den Auslandprojekten und den internen Abläufen liegt ihr auch der Kontakt zur Basis in der Schweiz am Herzen: zu den Spender/innen und zu den Menschen, die sich freiwillig und grosszügig für die Ziele von Brücke · Le pont engagieren.

Stundenlohnaktion neu lanciert

In der Stundenlohnaktion spenden Mitglieder von Gewerkschaften und Angestellten-Verbänden freiwillig einen Stundenlohn pro Monat für Projekte von Brücke · Le pont, z.B. für die Ausbildung von Arbeiter/innen in Entwicklungsländern. Diese tolle Aktion läuft seit Jahren, braucht aber neuen Schwung und neue Spender/innen. Darum gestaltete Brücke · Le pont einen Flyer zu dieser besonderen Form der Solidarität (kann bestellt werden) und verteilte erste Exemplare an Delegiertenversammlungen. Weitere Schritte zur Gewinnung von neuen Spender/innen sind geplant.

Aktionen und Sammlungen

«Frauen tragen Verantwortung» lautete das Motto der Mai-Sammelkampagne 2004. Die Spenden kamen Frauenprojekten in Westafrika und Zentralamerika zugute. Die Weihnachtsaktion wurde zugunsten von Frauen in Recife (Brasilien) durchgeführt. Mit Verkaufs- und Sammelaktionen unterstützten wiederum viele Freiwillige das Hilfswerk und sorgten dafür, dass Geld für die Projekte in die Kasse floss. Für ihr Engagement zugunsten von benachteiligten Menschen in Entwicklungsländern danken wir ganz herzlich.

Ausschau auf 50-jähriges Jubiläum im Jahr 2006

2006 kann Brücke · Le pont ihr 50-jähriges Bestehen feiern. Das Jubiläum soll dazu dienen, die grosse Brücke · Le pont-Familie, zu der Travail.Suisse und KAB gehören, zu versammeln und die erfolgreiche Entwicklungsarbeit zu feiern. Zudem will man neue Personen für das Hilfswerk und seine Aufgaben interessieren und mit neuen Ideen in die Zukunft blicken. Ein besonderer Festakt wird in Freiburg stattfinden (6. Mai 2006). Dezentrale Feiern werden in der Zentral-, Nordost- und Ostschweiz stattfinden. Jeder Gewerkschafts- und KAB-Sektion wird empfohlen, im Jahr 2006 eine besondere Aktion für das Hilfswerk durchzuführen. Ideen und Pläne zum Jubiläum nimmt die Geschäftsstelle in Freiburg gerne entgegen.

13. Vertretung von Travail.Suisse in Kommissionen und Organisationen

Wirtschaft und Finanzen

- Eidgenössische Kommission für Konjunkturfragen
Mitglieder: Susanne Blank und Vital G. Stutz
- Eidgenössische tripartite Kommission Begleitmassnahmen Personenfreizügigkeit
Mitglieder: Susanne Blank und Stefan Unternährer
- Aufsichtskommission für den Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung
Mitglieder: Susanne Blank, Hans Furer und Arno Kerst
- Eidgenössische Arbeitskommission
Mitglieder: Karl Eugster und Arno Kerst
- Eidgenössische Kommission für Arbeitsmarktfragen
Mitglieder: Susanne Blank und Vital G. Stutz
- Eidgenössische Einigungsstelle zur Beilegung von kollektiven Arbeitsstreitigkeiten
Mitglieder: Peter Allemann und Karl Eugster
- Expertenkommission Wirtschaftsstatistik
Mitglied: Susanne Blank
- Eidgenössische Kommission für Bundesstatistik
Mitglied: Susanne Blank
- Eidgenössische Kommission für Aussenwirtschaftspolitik
Mitglieder: Vital G. Stutz und Denis Torche
- Zollexpertenkommission
Mitglied: Denis Torche

Gleichstellung

- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen
Mitglieder: Anna Christen und Suzanne Steiner-Weck

Sozialpolitik

- Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
Mitglied: Martin Flügel
- Eidgenössische Kommission für die berufliche Vorsorge
Mitglieder: Martin Flügel und Vital G. Stutz
- Auffangeinrichtung BVG, Stiftungsrat
Mitglieder: Martin Flügel und Vital G. Stutz
- Sicherheitsfonds BVG, Stiftungsrat
Mitglied: Vital G. Stutz
- Verwaltungsrat der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt SUVA
Mitglieder: Karl Eugster, Max Haas, Regula Hartmann, Meinrado Robbiani, Vital G. Stutz
- Verwaltungsrat des Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV
Mitglied: Martin Flügel
- Geschäftsleitung Pro Familia Schweiz
Mitglied: Martin Flügel

Ausländerpolitik

- Eidgenössische Ausländerkommission
Mitglied: Denis Torche

Internationale Zusammenarbeit

- Eidgenössische tripartite Kommission für IAO-Angelegenheiten
Mitglieder: Vital G. Stutz und Denis Torche
- Exekutivausschuss des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB
Mitglieder: Hugo Fasel und Bruno Weber-Gobet

Bildungspolitik

- Eidgenössische Berufsbildungskommission
Mitglieder: Karl Eugster und Bruno Weber-Gobet
- Subkommission «Gesuche nach Art. 54/55 BBG»
Präsidium: Bruno Weber-Gobet
- Eidgenössische Fachhochschulkommission
Mitglied: Franz Baumberger und Bruno Weber-Gobet
- BBT-Kommission «Verordnung höhere Fachschulen»
Mitglied: Bruno Weber-Gobet
- BBT-Kommission «Aufbau einer Hochschule für Berufsbildung»
Mitglied: Bruno Weber-Gobet
- Vorstand Schweizerischer Verband für Erwachsenenbildung SVEB
Mitglied: Bruno Weber-Gobet
- Vorstand Gesellschaft CH-Q
Mitglied: Bruno Weber-Gobet
- Forum Weiterbildung
Mitglied: Bruno Weber-Gobet

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit

- Publikumsrat DRS
Mitglied: Therese Schmid

14. Mitgliederbestand der Mitgliedsorganisationen

Mitgliederbestand per 1. Januar 2004

SYNA	62 491
Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese	37 129
Hotel & Gastro Union	18 119
Angestellte Schweiz VSAM	17 561
transfair	15 019
Syndicats chrétiens interprofessionnels du Valais SCIV	6 468
Verband Angestellte der chemischen und pharmazeutischen Industrie VSAC	5 531
Schweizerischer Laborpersonal-Verband SLV	1 003 ¹
Schweizerischer Verband angestellter Drogisten DROGA HELVETICA	387
Verband der Ungarischen Christlichen Arbeitnehmer/innen der Schweiz VUCAS	237
Schweizerischer Verband der Versicherungs-Inspektoren und -Agenten SVVIA	221 ²
Association des Assistants en Information Documentaire AAID	29
Total	164 195

¹ Hat sich am 1. Januar 2005 dem VSAC angeschlossen

² Ist per 31.12.2004 aus Travail.Suisse ausgetreten

15. Adressen

Geschäftsstelle

Travail.Suisse
Hopfenweg 21, Postfach 5775, 3001 Bern
Tel. 031 370 21 11, Fax 031 370 21 09
e-mail: info@travailsuisse.ch, www.travailsuisse.ch

Mitgliedsorganisationen

SYNA
Josefstrasse 59, Postfach, 8031 Zürich
Tel. 044 279 71 71, Fax 044 279 71 72
e-mail: info@syna.ch, www.syna.ch

Angestellte Schweiz VSAM
Rigiplatz 1, Postfach, 8033 Zürich
Tel. 044 368 10 30, Fax 044 368 10 59
e-mail: info@vsam.ch, www.vsam.ch

Hotel & Gastro Union
Adligenswilerstrasse 29/22, Postfach 4870, 6002 Luzern
Tel. 041 418 22 22, Fax 041 412 03 72
e-mail: info@hotelgatrunion.ch, www.gastroline.ch

transfair – Christliche Gewerkschaft Service public
und Dienstleistungen Schweiz
Hopfenweg 21, Postfach, 3000 Bern 14
Tel. 031 370 21 21, Fax. 031 370 21 31
e-mail: zentralsekretariat@transfair.ch, www.transfair.ch

Syndicats chrétiens interprofessionnels du Valais SCIV
Rue de la Porte-Neuve 20, case postale 1312, 1951 Sion
Tel. 027 329 60 60, Fax 027 329 60 61
e-mail: sciv.sion@bluemail.ch, www.sciv.ch

Organizzazione Cristiano-Sociale Ticinese OCST
Via Balestra 19, 6900 Lugano
Tel. 091 921 15 51, Fax 091 923 53 65
e-mail: segretariato.cantonale@ocst.com, www.ocst.com

Verband Angestellte der chemischen und
pharmazeutischen Industrie VSAC
Gerbergasse 26, 4001 Basel
Tel. 061 261 45 45, Fax 061 261 46 14
e-mail: info@vsac.ch, www.vvac.ch

Schweizerischer Verband angestellter Drogisten DROGA HELVETICA
Gerbergasse 26, Postfach 644, 4001 Basel
Tel. 061 261 45 45, Fax 061 261 46 14
e-mail: sekretariat@droga-helvetica.ch
www.droga-helvetica.ch

Verband der Ungarischen Christlichen Arbeitnehmer/innen
der Schweiz VUCAS
Postfach 4132, 8022 Zürich
Tel. 044 720 81 45

Association des Assistants en Information Documentaire AAID
Vincent Guillot, Chemin Monastier 6, 1260 Nyon

Weitere Adressen

Bildungsinstitut ARC
Hopfenweg 21, Postfach 5775, 3001 Bern
Tel. 031 370 21 11, Fax 031 370 21 09
e-mail: arc@travailsuisse.ch, www.travailsuisse.ch

Brücke · Le Pont
Rue St-Pierre 12, 1700 Fribourg
Tel. 026 425 51 51, Fax 026 425 51 50
e-mail : info@bruecke-lepont.ch, www.bruecke-lepont.ch